

Resolution der SIHK-Vollversammlung vom 14. März 2013

Kommunal финанzen sanieren – Standortattraktivität verbessern

Die Vollversammlung der SIHK zu Hagen warnt vor einer weiteren Verschlechterung der Standortbedingungen für die heimischen Unternehmen durch steigende kommunale Steuern, fehlende Infrastruktur und eine sinkende Attraktivität der Städte.

Steigende öffentliche Ausgaben und zunehmende Verschuldung der Kommunen führen zu dramatischen Erhöhungen der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze in der Region. Die Unternehmen werden durch diese Erhöhungen doppelt belastet, weil sie zusätzlich zur Gewerbesteuer auch 30 bis 40 Prozent des Aufkommens der Grundsteuer B zahlen.

Eine Abwärts-Spirale droht: Während die Steuern erhöht werden, führt die kommunale Finanzmisere zugleich zu reduzierten öffentlichen Leistungen und einer verfallenden Infrastruktur. Unternehmen investieren nicht mehr in der Region oder wandern ab, Steuereinnahmen brechen weg. Weniger verschuldete Städte dagegen nutzen einen niedrigen Gewerbesteuerhebesatz, um Unternehmen anzuwerben. Die Kommunen im SIHK-Bezirk verlieren ihre Konkurrenzfähigkeit im Standortwettbewerb mit dem Rheinland und anderen Bundesländern, in denen die Gewerbesteuerhebesätze um mehr als 100 Punkte niedriger sind.

Jetzt sind strukturelle Veränderungen auf allen Ebenen notwendig. Kommunen dürfen nicht mehr reflexartig mit der Erhöhung der Realsteuerhebesätze reagieren. Vielmehr gehören alle öffentlichen Aufgabenbereiche auf einen schonungslosen Prüfstand – auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Weniger Einwohner brauchen eine andere kommunale Infrastruktur.

Noch vorhandene Mittel sind gezielt dort zu investieren, wo sie die Attraktivität der Kommunen steigern, z.B. in den Bereichen Kultur, Sport und bei Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und pflegebedürftige Menschen. Dringend notwendig sind Industrieflächen zur Standortsicherung der Unternehmen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Entscheidend ist: Landes- und Bundespolitik dürfen den Städten nicht länger Belastungen u.a. bei den Sozialausgaben aufbürden, ohne einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Nur gemeinsam mit den Abgeordneten in Düsseldorf und Berlin sowie der Landesregierung können die Kommunen ihre Finanzen wieder in den Griff bekommen. Die Kommunalpolitiker im Märkischen Südwestfalen müssen viel aktiver werden als bisher und die MdBs und MdLs in die Pflicht nehmen. Handlungsfähige Kommunen sind eine wichtige Voraussetzung für einen starken Wirtschaftsstandort!

Hagen, den 14. März 2013